

Tagesordnung I Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 29.09.2005

Vorlage Nr. 05-F-01-0063

Radarüberwachung in Wiesbaden

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.07.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie viele Verwarnungsgelder, Bußgeldbescheide und Strafanzeigen wegen überhöhter Geschwindigkeit in den Zeitraum fallen, in dem es zu fraglichen Messergebnissen durch falsche Handhabung der Messgeräte kommen konnte;
- wie viele Widerspruchsverfahren wegen vermuteter Falschmessungen zur Zeit anhängig sind und wie viele für die nächste Zeit erwartet werden;
- ob das Amt für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr für Geschwindigkeitskontrollen eigens geschultes Personal einsetzt oder ob diese Kontrollen beispielsweise auch durch Hilfspolizisten durchgeführt werden;
- wie der derzeitige Ausbildungsstand des bei Geschwindigkeitskontrollen eingesetzten Personals ist;
- wie sichergestellt werden soll, dass die Kontrollen in Zukunft ordnungsgemäß durchgeführt werden.

Beschluss Nr. 0411

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.07.2005 betr.

Radarüberwachung in Wiesbaden

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, ..10.2005

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .10.2005

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister